

Vielfalt mit Solidarität und Absicherung begegnen - ein Plädoyer für eine soziale EU

Michael Mayer, Henrike Schaum & Lisa Marie Seebacher

Mit großem Getöse wurde Ende März der 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge begangen – quasi die Geburtsstunde der Europäischen Union. Nur ein paar Tage später beantragte das Vereinigte Königreich auch offiziell den Austritt aus der Europäischen Union. Kurz zuvor veröffentlichte die Europäische Kommission ein Weißbuch zur Zukunft Europas, in dem sie fünf Szenarien ausmalt, wie, wer und wie tief sich überhaupt zukünftige Integration – oder vielleicht gar Desintegration – gestalten sollte. Mehr denn je steht daher in jüngster Zeit die Frage, wie es in Europa weitergeht, im Mittelpunkt europäischer, aber auch nationaler Diskussionen.

28 Mitgliedsstaaten zählt die EU mittlerweile. Die Erweiterung der vergangenen Jahrzehnte hat die politische, soziale und kulturelle Vielfalt erhöht, was die Kohäsionspolitik der EU zunehmend vor Herausforderungen stellt. Auch die Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise und die darauffolgende Austeritätspolitik hat die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten eher verstärkt als abgebaut. Im Zentrum der Diskussion, wie der Vielfalt begegnet werden kann, stehen jedoch vor allem ökonomische Aspekte und Maßnahmen, die unter anderem auf die hohe Verschuldung einzelner Länder, das Ankurbeln des Wachstums oder die Anpassung von Produktivitätsunterschieden abzielen. Vergessen wird dabei oftmals, dass sich die Mitgliedsstaaten auch hinsichtlich des Umfangs der sozialen Absicherung und der Höhe sozialer Standards unterscheiden. So hat die Krise und die darauffolgende Austeritätspolitik die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten einerseits und andererseits auch auf nationaler Ebene erhöht und gleichzeitig oftmals zu einer Verschlechterung der sozialen Situation etwa durch die Kürzung von Sozialleistungen und Anspruchsdauer oder Verschärfung der Zugangskriterien beigetragen. Nicht überall in der EU gibt es beispielsweise eine so umfassende Kollektivvertragsabdeckung wie in Österreich. Auch die Lohnniveaus und die Dauer und Höhe der Leistungen im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Alter unterscheiden sich deutlich. (EGI & EBG 2017; Vanhercke et al. 2017)

Während in Reaktion auf die Krise die wirtschafts- und finanzpolitische Integration weiter ausgebaut wurde und die fiskalpolitische Kooperation etwa durch Instrumente wie das Europäische Semester vertieft wurden, ist die soziale Dimension häufig unbeachtet und auf nationalstaatlicher Ebene verankert geblieben. Dabei ist gerade die soziale Absicherung ein wesentlicher Punkt, um Vertrauen in nationale und europäische Institutionen herzustellen (Dörre 2016).

Engels (2004), Schäfer, Vehrkamp und Gagné (2013) und Vehrkamp (2015) stellen in Studien mehrmals den klaren Zusammenhang zwischen politischer Partizipation und sozialem Status her. Menschen in prekären Verhältnissen beteiligen sich seltener an Wahlen und der politischen Willensbildung, oder tendieren dann eher zu politischen Parteien am linken oder rechten Ende des parlamentarischen Spektrums. Die Erosion sozialer Sicherheitssysteme

kann daher zu einer weiteren Verstärkung dieser Tendenzen beitragen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass der Einsatz für ein soziales Europa durchaus als gute Absicherung gegen (rechts-)populistische Bewegungen gesehen werden kann (Dörre 2016). Selbst Organisationen, die in der Vergangenheit Austeritätsmaßnahmen als einziges Ziel verfolgt haben (denen vor allem sozialpolitische Errungenschaften zum Opfer gefallen sind), vollziehen einen Schwenk: der Internationale Währungsfond warnt ebenso wie die OECD vor den Folgen einer sozialen Schieflage. Und die EU-Kommission?

Das Papier der Kommission zur „Europäischen Säule sozialer Rechte“, das Ende April veröffentlicht werden wird, wird nach derzeitigen Erwartungen nicht weit genug gehen, um Solidarität und soziale Absicherung in der EU zu stärken. Statt verbindlicher, im EU-Primärrecht verankerter hoher Standards wird die Kommission wohl lediglich politische Leitlinien vorlegen. Eine Veränderung der Verträge, wie es eine umfassende Sozialunion erfordern würde, hat die Kommission in den vergangenen Monaten immer wieder als zu brisant und nicht mit den Mitgliedsstaaten umsetzbar bewertet. Mögliche Maßnahmen wie eine europaweite Arbeitslosenversicherung fehlen komplett.

Wir glauben jedoch, dass europäische Solidarität mehr und tieferer Integration bedarf. Diese darf sich jedoch nicht nur auf die Wirtschafts- und Währungsunion beschränken, sondern muss ausdrücklich eine Sozialunion umfassen. Tiefgreifende Integration entlang unterschiedlicher, derzeit diskutierter Handlungsfelder im Bereich Arbeits- und Sozialstandards, Steuer- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen, bis hin zu grundlegenden Veränderungen der EU-institutionen kann ein Auseinanderfallen der Union verhindern. Nur so lässt sich der Vielfalt begegnet und das Ziel gleicher Lebensstandards für alle innerhalb der Europäischen Union erreichen. Genau diese Analyse des Ist-Zustandes und eine darauffolgende, beispielhafte aber an konkreten politischen Instrumenten orientierte Ausführung ist Ziel des geplanten Policy-Papers.

Literaturverweise

Dörre, Klaus (2016): Die national-soziale Gefahr. Pegida, Neue Rechte und der Verteilungskonflikt – sechs Thesen. In: Rehberg, Karl-Siegbert; Kunz, Franziska; und Schlinzig, Tino (Hrsg*innen): Pegida. *Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und Wende-Enttäuschung? Analysen im Überblick*. Bielefeld: transcript. Vorabveröffentlichung: <http://www.theoriekritik.ch/?p=2833>.

EGI; EBG (2017): Benchmarking Working Europe 2017. Brüssel: Europäisches Gewerkschaftsinstitut (EGI) und Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB).

Engels, Dietrich (2004): Armut, soziale Ausgrenzung und Teilhabe an Politik und Gesellschaft. Köln: Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e.V.

Schäfer, Armin; Vehrkamp, Robert; Gagné, Jérémie Felix (2013): Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013. Berlin: Bertelsmann Stiftung.

Vanhercke, Bart; Natali, David; Bouget, Denis (Hrsg.) (2017): Social policy in the European Union: state of play 2016. Brüssel: Europäisches Gewerkschaftsinstitut (EGI) und European Social Observatory (OSE).

Vehrkamp, Robert (2015): Politische Ungleichheit – neue Schätzungen zeigen die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung. Berlin: Bertelsmann Stiftung.